



## Sessionsbericht – Sondersession Nationalrat

### Rapport de session – Session spéciale Conseil National

09. Mai bis 11. Mai 2022

Von Michael Mandl, Fraktionssekretär

#### *In der Kürze liegt die Würze*

*Auch wenn das genannte Sprichwort oft seine Gültigkeit hat, wird diese Sondersession höchstwahrscheinlich weniger dafür in Erinnerung bleiben. Ganz in ihrem ursprünglichen Sinne diente die Sondersession 2022 im Nationalrat primär der Arbeit in den Dossiers und zugunsten des Abbaus von hängigen Geschäften. Wie der kurze Sessionsbericht aufzeigt, ging es dabei primär um eher technische Vorlagen, die mit einigen Ausnahmen wenig öffentliche Wahrnehmung generierten.*

*Mehr Aufmerksamkeit erhält hingegen weiterhin der Krieg in der Ukraine, der auch die Schweizer Politik stark beschäftigt und noch beschäftigen wird. In diesem Kontext wurde in dieser kurzen Sondersession der wohl weitreichendste Entscheid gefällt. Denn mit der Annahme der Motion der sicherheitspolitischen Kommission zugunsten der Aufstockung des Armeebudgets wurde ein Beschluss gefasst, der sehr nachhaltige Auswirkungen auf die Schweiz haben wird. Die Zustimmung ist einerseits ein klares Bekenntnis zugunsten einer Stärkung der Schweizer Armee und der Sicherheitspolitik als Ganzes in den kommenden Jahren. Andererseits hat sie auch finanzpolitische Konsequenzen, die nicht von der Hand zu weisen sind. Gerade bei den ungebundenen Ausgaben setzt man mit diesem Entscheid ein klares und gerechtfertigtes Zeichen zugunsten der Armee, die vor allem in den vergangenen Jahren kaum von Budgetaufstockungen profitieren konnte, obwohl die Bundeseinnahmen stetig angewachsen sind. Mit Blick auf die bereits vor der Tür stehende Sommersession Ende Mai ist das aber wohl erst ein Vorgeschmack. Lassen wir uns überraschen...*

#### 1. Modernisierung der Zivilprozessordnung

Anstoss für die Revision der eher «jungen» Zivilprozessordnung (ZPO) haben die Probleme in der Praxis des zivilrechtlichen Prozessrechts ergeben. Mittels der Erfahrung eines Jahrzehnts konnten nun gezielte Nachjustierungen vorgenommen werden. Ziel ist es, die Praxistauglichkeit und die Rechtsdurchsetzung zu verbessern und so eine effizientere und kostengünstigere Geltendmachung der Ansprüche zu ermöglichen. Für die Mehrheitsfähigkeit und der schnellen Revision der Vorlage wurde vorgängig richtigerweise entschieden, die umstrittene Thematik des kollektiven Rechtsschutzes in eine separate Vorlage auszulagern.

Für die FDP stand im Zentrum der Revision das im Ausland bereits etablierte Berufsgeheimnis für Unternehmensjuristen, die auf den Schutz der hier ansässige Firmen und deren Standortattraktivität abzielt. Mit der Kompromisslösung der RK-N wird nun endlich die parlamentarischen Initiative von Nationalrätin Markwalder (Pa. Iv. [15.409](#)) gebührend Rechnung getragen. Die bürgerliche Front konnte sich in diesem Belangen durchsetzen und so gegen das linke Lager mit 125 zu 64 Stimmen obsiegen.

Zu reden gab ausserdem eine Bestimmung zu superprovisorischen Verfügungen, die ungewünschte Medienberichte vorläufig verhindern möchte und darum in den Medien oft als Maulkorb-Artikel titulierte wurde. Den Vorwurf, damit die Medienfreiheit anzugreifen, kann jedoch entkräftet werden. Die Gerichte wägen auch künftig vor einem Publikationsverbot immer die Interessen der Betroffenen sorgfältig mit denjenigen der Medien ab. Der Nationalrat ist auch sonst grösstenteils der Mehrheit der Kommission gefolgt und hat mit 183 zu 1 Stimmen und zwei Enthaltungen der Vorlage klar zugestimmt. Die Vorlage geht mit Differenzen zurück an den Ständerat.

## 2. Flickwerk-Revision des Mehrwertsteuergesetzes

Um ein Sammelsurium an Vorstössen, welche in der Vergangenheit vom Parlament angenommen wurden, umzusetzen, befasste sich der Nationalrat in der Sondersession mit einer Teilrevision des Mehrwertsteuergesetzes. Daher kam die Vorlage eher einem Flickenteppich gleich als einer in sich geschlossenen Vorlage zur Verbesserung des Mehrwertsteuersystems. Da die FDP jedoch nicht grundsätzlich gegen die meisten der vorgeschlagenen Anpassungen waren, wurde diese Vorlage als Ganzes unterstützt. Die FDP liess sich bei der Beratung der einzelnen Anliegen von ihren bewährten Grundsätzen leiten – bei der Mehrwertsteuer keine neuen Ausnahmen schaffen oder Änderungen vorzunehmen, die fast keine Auswirkungen auf den Konsumenten haben würden.

Der FDP-Wunsch, keinen reduzierten Steuersatz für Produkte der Monatshygiene einzuführen, fand leider keine Mehrheit, wenigstens konnte aber verhindert werden, dass dieser reduzierte Steuersatz zusätzlich auf Windeln und Einlagen ausgeweitet wird. So stellte sich die FDP auch gegen eine Ausnahme von der Mehrwertsteuer für Gebrauchsgüter.

Nach der Erstberatung im Nationalrat kann resümiert werden, dass diese Revision das Mehrwertsteuersystem nicht vereinfachen wird, was zu bedauern ist. Die FDP wird sich weiterhin für eine Vereinfachung und die Beseitigung von administrativen und finanziellen Hürden für Unternehmen einsetzen, da diese immensen Kosten verursachen. In diesem Sinne bleibt die FDP am Ball und wird weiterhin die Einführung eines einheitlichen Mehrwertsteuersatzes fordern.

## 3. Geschäfte des Nationalrats

**Aufstockung des Armeebudgets:** Das Ende der Geschichte hat sich nicht bewahrheitet: Es herrscht Krieg in Europa. Mit der Renaissance der Machtpolitik ist die Zeit der Friedensdividende nun endgültig vorbei. Unter diesen neuen Voraussetzungen konnte ein geschlossener bürgerlicher Block im Nationalrat ein Zeichen für die Sicherheit setzen, indem er die Motion ihrer Sicherheitspolitischen Kommission klar (111:79:2) angenommen hat. Diese fordert die Erhöhung des Armeebudgets auf ein Prozent des BIPs (ca. 7 Milliarden CHF). Wir erinnern uns: Aus Verantwortung gegenüber der Sicherheit der Schweizer Bevölkerung hatte die FDP bereits am [28. Februar 2022](#) eine Erhöhung des Armeebudgets gefordert (Motionen von Ständerat [Thierry Burkart](#) und Nationalrätin [Maja Riniker](#)) und somit die Diskussion angestossen. Der gegenwärtige Krieg in der Ukraine und die sicherheitspolitische Konstellation in Europa zeigen mit aller Deutlichkeit, dass eine gut ausgerüstete und einsatzfähige Armee unverzichtbar ist.

**Fortschritt für das Elektronische Patientendossier (EPD):** Am dritten und letzten Tag der Sondersession hat der Nationalrat eine Motion der SGK-N [22.3015 Elektronisches Patientendossier. Praxistauglich gestalten und finanziell sichern](#) angenommen und an den Ständerat überwiesen. Die FDP begrüsst diesen Entscheid, denn die Digitalisierung bietet enormes Verbesserungs- und Sparpotential für unser Gesundheitswesen und muss konsequent vorangetrieben werden. Die Motion will den Bundesrat beauftragen, die Finanzierung der Einführung, des Unterhalts, des Betriebs sowie der Weiterentwicklung des EPD und seiner Infrastruktur langfristig sicherzustellen. Zudem soll das EPD hinsichtlich seiner Benutzertauglichkeit verbessert werden. Ende April hatte der Bundesrat bereits seinen Willen geäussert, das EPD mit verschiedenen Massnahmen weiterentwickeln zu wollen und den Auftrag erteilt, eine entsprechende Vernehmlassungsvorlage auszuarbeiten. Stein des Anstosses, dass es im Bereich des EPD endlich vorwärts zu gehen scheint, war ein im Jahr 2018 eingereichtes Postulat von FDP-Nationalrat Laurent Wehrli ([18.4328](#)).